



Das Ende der Fahnenstange

Eine Situationsbeschreibung des Einsatzdienstes

Kreisgruppe spricht mit dem Oberbürgermeister

Rechtzeitig vor der Personalversammlung im April dieses Jahres hatte die Kreisgruppe Bremerhaven ihren Bericht „Das Ende der Fahnenstange“ vorgelegt. Bei dem Bericht handelt es sich um eine Zustandsbeschreibung des regionalen Einsatzdienstes in den Abteilungen Nord und Süd.

Grundlage des Berichts bildete eine Umfrage, die sich am „Index-Gute-Arbeit“ des DGB orientierte. Eine zehnköpfige Arbeitsgruppe aus dem Kreis der Vertrauensleute im Einsatzdienst hatte die Umfrageergebnisse in mehreren Sitzungen zu einer Beschreibung der Situation im Einsatzdienst weiterentwickelt. Das Ergebnis fiel erwartungsgemäß aus. Mit „guter Arbeit“ hat der Streifendienst nichts zu tun. Die meisten der Faktoren, die sich auf die Arbeitszufriedenheit auswirken, liegen im roten Bereich. Die Beamtinnen und Beamten des Einsatzdienstes beziehen ihre Motivation überwiegend aus der ausgeprägten Kollegialität und aus der ihrer Aufgabe, die überwiegend als interessant und sinnvoll wahrgenommen wird.

Die jetzige Organisation des Einsatzdienstes resultiert aus der Polizeireform im Jahr 2002. Vor nunmehr neun Jahren versahen rund vierzig Beamtinnen und Beamten mehr als heute Dienst in den regionalen Abteilungen der Schutzpolizei. Das Personal wurde reduziert, die Einsatzzahlen sind kontinuierlich Jahr für Jahr gestiegen. Die Leistungen wurden aufrechterhalten, denn wie heißt es doch so schön in den Koalitionsvereinbarungen:

„Wichtig wird sein, trotz der abnehmenden Zahl an Beschäftigten, die Qualität der staatlichen Dienstleistungen mindestens zu erhalten und in Teilen zu verbessern. Dazu wird die rechtssichere Berücksichtigung von Mobilität und Flexibilität der Beschäftigten bei Beförderungen und Auswahlscheidungen ermöglicht.“

Jegliche Zeitsouveränität preisgegeben

Die AG der Kreisgruppe hat den Nachweis erbracht, auf welche Art und Weise die Qualität der Leistungen im Einsatzdienst gehalten werden konnte: Durch Preisgabe jeglicher Zeitsouveränität unserer Kolleginnen und Kollegen im Einsatzdienst. Von den Beamtinnen und Beamten in den Dienstgruppen wird mittlerweile eine nahezu 100%ige Verfügbarkeit erwartet. Neben den berufsspezifischen Belastungen, wie dem Wechselschichtdienst, einem hohen Arbeits- und Leistungsdruck, werden die Kolleginnen und Kollegen des Einsatzdienstes täglich mit zunehmender Gewaltbereitschaft, mangelndem Respekt und einer erschütternden materiellen und geistigen Verelendung konfrontiert. Das alles zieht nicht in den hohlen Baum. Krankheitsbedingte Ausfallquoten, die zwischen 11 und 13% liegen, dokumen-

tieren den unzumutbaren Druck, unter dem der Einsatzdienst inzwischen steht. Hohe Ausfallzeiten erhöhen gleichzeitig den Personalmangel und so beißt sich die Katze in den Schwanz.

Reicht das Ruhegehalt später aus?

Die Umfrage ergab, dass die Kolleginnen und Kollegen des Einsatzdienstes sich mit Blick auf ihre Aufgabe unterbezahlt fühlen, was überwiegend als außerordentlich belastend wahrgenommen wird. Nur ein Viertel der Teilnehmer/-innen an der Umfrage der Kreisgruppe kommt gut mit dem Einkommen aus. Drei Viertel haben erklärt, es würde gerade reichen. 97% des Einsatzdienstes beklagen zu geringe Aufstiegschancen. Allergrößte Sorge machen sich die Kolleginnen und Kollegen wegen ihres Ruhe-

Fortsetzung auf Seite 2



Von links nach rechts: Behördenleiter Harry Götze, Fredy Meißner, Andreas Meinen, Wenke Schmidt, Oberbürgermeister Melf Grantz, Sven Ahlers



Fortsetzung von Seite 1

gehalten. Mehr als die Hälfte glaubt, dass die Pension gerade ausreichen wird. 34% glauben, sie werden nicht mit ihrem Ruhegehalt auskommen.

Die Kolleginnen und Kollegen beklagen eine Abkoppelung von den grundlegenden Entscheidungsprozessen und fühlen sich nicht wertgeschätzt. Kunststück, erinnern wir uns an den zweiten Satz des oben stehenden Zitates aus den Koalitionsvereinbarungen. Flexibilität und Mobilität sollen bei Beförderungen und Auswahlentscheidungen berücksichtigt werden, heißt es dort. Wer will es den Kolleginnen und Kollegen verdenken, dass derartige Aussagen wie purer Hohn wahrgenommen werden. Die überwiegende Mehrzahl der Beamtinnen und Beamten des Einsatzdienstes werden im Vergleich zur Wertigkeit ihrer Funktion unterbezahlt!

TERMIN

Redaktionsschluss für die Oktober-Ausgabe 2011, Landesjournal Bremen, ist der 12. September 2011.

Artikel bitte mailen an:
Ahlersbande@t-online.de



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

Geschäftsstelle:
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de

Redaktion:
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X

Ergebnisse dem Oberbürgermeister vorgelegt

Die AG der Kreisgruppe hat aus ihrer Analyse ein Maßnahmenpaket abgeleitet. Dabei verleiht „Das Ende der Fahnenstange“ den gewerkschaftlichen Forderungen auf Landesebene selbstverständlich Nachdruck. Wir brauchen mehr Personal und wir brauchen die Fortsetzung der Strukturverbesserung. Es gibt aber auch eine Vielzahl von Maßnahmen, die intern bei der Ortspolizeibehörde oder auf kommunaler Ebene umgesetzt werden können. Grund genug, dem neuen Polizeidezernenten, Oberbürgermeister Grantz, den Bericht zur Verfügung zu stellen, der darauf die Arbeitsgruppe zu einem Gespräch einlud.

Das Gespräch mit dem Oberbürgermeister und dem Direktor der Ortspolizeibehörde, Harry Götze, fand am 2. August in einer angenehmen und konstruktiven Atmosphäre statt. Oberbürgermeister Grantz äußerte sich besorgt über die Feststellungen der GdP. Er versicherte, dass die Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge ausgebaut würden. Außerdem stellte der Dezernent eine Überprüfung



des jetzigen Beurteilungsverfahrens in Aussicht, da dieses nur unzureichende Differenzierungsmöglichkeiten zulässt. Die Kreisgruppe hatte angeregt, die Belastungssituation in den einzelnen Bereichen durch regelmäßige anonyme Mitarbeiterbefragungen zu ermitteln und darüber hinaus ein Führungskräftefeedback einzuführen. Oberbürgermeister Grantz versprach, dass eine Mitarbeiterbefragung standardisiert eingeführt würde. Harry Götze stellte darüber hinaus die Einführung eines Führungskräftefeedbacks in Aussicht, das zunächst auf freiwilliger Basis erfolgen sollte. Als Behördenleiter versprach Harry Götze außerdem, dass der Einsatzdienst zukünftig stärker als bisher an Entscheidungsprozessen beteiligt werden sollte, etwa bei der Beschaffung von Einsatzfahrzeugen. Das solle über Arbeitsgruppen geschehen.

Kontrovers wurde das Gespräch, als die Arbeitsgruppe eine Reduzierung polizeilicher Leistungen, etwa bei der Begleitung von Großveranstaltungen forderte. Das war offensichtlich ein wunder



Jörg Eilers

Punkt beim Oberbürgermeister, der die Maßnahmen im bisherigen Umfang für unverzichtbar erklärte, allerdings eine Unterstützung durch Kräfte des Bürgerservice und Ordnungsdienstes in Aussicht stellte.

Die „Aktenlage“ war Oberbürgermeister Melf Grantz durchaus auch im Detail bekannt. Er habe die Absicht, sich im Rahmen eines Nachtdienstes einen eigenen persönlichen Eindruck von der Belastungssituation im Einsatzdienst zu verschaffen, kündigte der Oberbürgermeister an. Für die Kreisgruppe gaben die Gesprächsteilnehmer ihrer Hoffnung Ausdruck, dass das gute Gespräch mit dem Oberbürgermeister den Beginn einer kontinuierlichen und konstruktiven Zusammenarbeit markieren möge.

Jörg Eilers
Vorsitzender KG Bremerhaven



Große Gewerkschaften unterstützen Polizistinnen und Polizisten

In der Nachbereitung zur NPD-Kundgebung am 30. 4. dieses Jahres gab es innerhalb des DGB kritische Diskussionen. Von den größten Gewerkschaften erhielt die Gewerkschaft der Polizei danach jeweils Schreiben, die sich mit der Kundgebung der NPD, deren anschließendem Aufzug sowie der Rolle der Polizei beschäftigen. Während der eine Brief von ver.di direkt an den Landesvorsitzenden Horst Göbel gerichtet war, richtete sich der zweite an einige Gewerkschafter und Betriebsräte der IG-Metall Betriebsgruppe Mercedes-Benz, die sich kritisch zum Polizeieinsatz geäußert und einen „offenen Brief“ an den Senator für Inneres geschrieben hatten.

Beide Verfasser der nachstehend veröffentlichten Briefe, Bezirksgeschäftsführer Rainer Kuhn von ver.di und der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Bremen, Dieter Reinken, sind mit der Veröffentlichung einverstanden.

Beide Schreiben zeigen, dass die Arbeit der Polizei bei solchen Demonstrationen nicht nur negativ gesehen und einige nicht immer gesetzeskonforme Aktionen auf Seiten einzelner Demonstranten sehr kritisch gesehen wird.

Die jahrelange vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den anderen Gewerkschaften innerhalb des DGB trägt Früchte. **Der Landesvorstand**

Schreiben IG Metall v. 6. 5. 2011 an die Betriebsräte und IG-Metall-Vertrauensleute von Mercedes Benz:

Betr.: Zum „Offener Brief“ – mit der Bitte um Weiterleitung an die Unterzeichner

Lieber Gerd Kupfer, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ihr habt einen „Offenen Brief“ an den Innensenator Ullrich Mäurer geschrieben.

Ihr unterschreibt als „Betriebsräte“ und „IG-Metall-Vertrauensleute“ von Mercedes Benz. Ich empfehle dem gesamten Betriebsrat und dem IG-Metall-Vertrauenskörper zu besprechen, ob es seiner Rolle angemessen ist, wie mit seinem Namen und dem Namen der IG Metall in der Öffentlichkeit agiert wird. Aber: Das müssen die Gremien wissen. Es geht um deren Ruf. Mich erreichen zwischenzeitlich Anrufe und Mails aus dem Betrieb, die eure Aktivität deutlich kritisieren.

Ich möchte mich als 1. Bevollmächtigter der IG Metall ausdrücklich von Inhalt und Stil eures Schreibens distanzieren. Dies ist nicht die Auffassung der IG Metall in Bremen – dass kann ich nach unserer Diskussion im Ortsvorstand am 2. 5. 2011 sagen.

Doch zur Sache. Wesentliche Teile des Inhaltes konnte ich bereits einem mir vom Kollegen Kohrt in die Hand gedruckten Flugblatt des „Arbeiterbun-

des“ entnehmen. Dies gilt insbesondere für die Bemerkungen über die Rolle des Potsdamer Abkommens, der Bundespolizei, des „Notstandes“ etc. Dieser Teil eures Briefes ist Teil der Kampagnenplanung des „Arbeiterbundes“ – und jeder, der da unterschreibt, ist Teil der Kampagne „Notstand der Republik“. Man wird sich sicher bei Gelegenheit damit auseinandersetzen können.

Mir geht es um die Parolen und Behauptungen, die seit dem 30. 4. in Bremen von interessierten Kreisen verbreitet werden und in die ihr euch im Namen des Betriebsrates und des IG-Metall-Vertrauenskörpers Mercedes einreicht:

- **Eine angebliche Gewaltorgie der Polizei gegen friedliche Demonstranten;**
- **„Hunderte von verletzten Demonstranten“;**
- **„Bremer Polizisten schützen die Faschisten“.**

Ich habe an diesem Tage andere Erfahrungen gemacht.

- **Da war zunächst die positive Erfahrung: Tausende haben sich gegen die NPD aufgestellt; Menschen aus allen Gesellschaftsschichten – leider nicht genug aus den Betrieben. Sie haben damit Solidarität gezeigt – besonders mit denen, die im Zentrum der Angriffe der Rechtsradikalen stehen.**

- **Aufgerufen von einem Bündnis, um dessen Zustandekommen wir uns als Gewerkschafter früh bemüht haben, das klare Verabredungen zum friedlichen, gewaltfreien Verlauf der Demonstration getroffen hatte (an die sich in der Folge nicht gehalten wurde).**

- **Eine bundesweite Wahrnehmung unserer erfolgreichen Demonstration – und eines lächerlich kleinen Haufens NPDler. Ein Zeichen unserer Stärke. Wir konnten den Aufmarsch zwar nicht verhindern – aber deutlich in die Schranken weisen.**

Dann kamen die negativen Erfahrungen:

- Wir wurden mit Gruppen konfrontiert, die klar auf eine militante Auseinandersetzung mit der Polizei ausgerichtet waren und dafür bundesweit mobilisiert hatten. Nachlesbar auf deren Internetseite.

- Wir erlebten, dass der „Schwarze Block“ die Führung der Demonstration übernehmen wollte – für jedermann sichtbar und hörbar mit dem Ziel, die Polizei anzugreifen und die Polizeisperren zu durchbrechen.

- Wir erlebten – und zwar zahlreiche Kollegen aus den Betrieben –, dass der Schwarze Block beim Versuch, die Spitze der Demo zu übernehmen, uns trat, schlug, drängelte, schubste.

- Wir erlebten, dass nur unser massiver Einsatz sie daran hinderte, einen zu Fall gekommenen Kollegen zu überrennen und zu verletzen.

- Wir haben erlebt, dass das Bündnis der Nazigegner missbraucht wurde, um den eigenen, auf Konfrontation mit der Polizei ausgerichteten Kurs, durchzusetzen.

- Wir haben erlebt, wie der Lautsprecherwagen des „Bündnisses“ dazu miss-

Fortsetzung auf Seite 4



LANDESVORSTAND

Fortsetzung von Seite 3

braucht wurde, offensiv zum Durchbrechen der Polizeisperrern aufzufordern – noch bevor der Vertreter des DGB reden „durfte“.

• Wir haben eine Strategie erlebt, die wir vorher offensichtlich falsch eingeschätzt haben. Nämlich, die Strategie, Hamburger und Berliner Verhältnisse nun endlich auch nach Bremen zu tragen.

Also zusammengefasst: Ich und andere haben eine sehr unmittelbare Bedrohung erlebt. Wir waren dann wohl auf anderen Veranstaltungen – oder nicht bereit, eure politische Brille aufzusetzen.

Ich lege Wert darauf, dass wir eine demokratische verfasste und kontrollierte Polizeistruktur haben und behalten. Mit Beamten, die ihren Job machen und sich dem Grundgesetz verpflichtet fühlen. Die dabei auch kontrolliert werden und bei denen Fehlverhalten im Einsatz – was es auch gibt – geahndet wird. Ich weiß von vielen Gesprächen mit Kollegen der Gewerkschaft der Polizei, dass ihnen diese Einsätze zum Schutz der NPD keinen

Spaß machen. Gerade deswegen kann und werde ich nicht akzeptieren, dass es sozusagen „sportlich“ betrachtet wird, wenn man der Polizei einige Wackersteine an den Kopf wirft – es aber ein Ausdruck von „Polizeiterror“ ist, wenn eine Absperrung auch als Absperrung durchgesetzt wird.

Eine weitere Anmerkung.

Ihr schreibt: Mit der NPD sind „wir schon immer alleine fertiggeworden ...“. Welche Überheblichkeit, welche Verhöhnung der Opfer rechter Gewalt! Wir hatten in den letzten Tagen Anschläge von Neofaschisten auf Gewerkschafter: auf einen Betriebsrat von Hoesch in Dortmund, auf eine Mai-Veranstaltung des DGB in Husum, im Osten wie immer zahlreich an vielen Orten.

Für mich ist klar: Wir brauchen gegen diese Leute – neben unserer Aktivität – polizeiliche Maßnahmen und ein klares Verbot.

Angesichts dieser Entwicklung ist es doch lächerlich davon zu reden, der Polizeiaufmarsch am 30. 4. richte sich gegen die Gewerkschaftsbewegung. Was also

soll da die Verächtlichmachung der Polizei, was soll die Beleidigung des Innensensors?

Ich halte nach wie vor ein klares Engagement der IG Metall gegen Rechts für nötig. Und auch in einem großen Bündnis, in dem wir uns auf Gemeinsamkeiten einigen. Aber ich warne davor, unsere Funktion als IG-Metaller und Betriebsräte instrumentalisieren zu lassen. Wir sind nicht die Nachhut des Schwarzen Blocks – sondern eine eigenständige und selbstbewusste Organisation, die im Namen ihrer Mitglieder sprechen muss.

Wie immer bin ich auch gerne in den entsprechenden Gremien – im Betriebsrat und der IG Metall VKL – zur Diskussion bereit. Und ich bin sicher, die Verantwortlichen in Politik und Polizei ebenfalls.

Ich bitte dich, meinen Brief an die Unterzeichner des „Offenen Briefes“ weiterzuleiten.

Mit kollegialem Gruß
Dieter Reinken
1. Bevollmächtigter
cc.

Anzeige



Die GdP-Kreisgruppe
Bremerhaven
präsentiert:

Die Party 2011 mit PRIME TIME

**Am 24. September
in der Stadthalle Bremerhaven
Beginn: 20:00 Uhr**

Eintritt: 10.- Euro

**Der Eintritt ist für
Mitglieder und deren Partner
sowie für
PK-Anwärterinnen und Anwärter
und deren Partner
FREI**

**Kartenvorverkauf
bzw. Tischreservierungen:**

**Geschäftsstelle der Kreisgruppe
jeweils mittwochs von 10:00 bis 15:00 Uhr**

oder

**Jörg Eilers
Telefon: 0170 2836258
joergeilers(at)kabelmail.de**



Uwe Werner, Betriebsratsvorsitzender, Michael Peters, stellv. BR-Vorsitzender, mit der Bitte um Weiterleitung an die BR-Mitglieder Ralf Wilke, IG Metall VK Leiter, mit der Bitte um Weiterleitung an die VKL-Mitglieder

Ortsvorstand
Annette Dühring, DGB

Schreiben ver.di v. 14. 7. 2011 an die GdP:

Lieber Horst,

der Aktionstag am 30. 4. 2011 hat bei mir deutliche Spuren hinterlassen. Auf der einen Seite habe ich als Demonstrant den Tag (mit-)erlebt. Auf der anderen Seite, zwei Wochen später, eine Nachbereitungsdiskussion im Rahmen des Bündnisses „keinen Meter“ im Gewerkschaftshaus Bremen. Mehrere Wochen danach schilderte mir ein Kollege, der aufgrund unserer Bündnisbeteiligung seine Mitgliedschaft beenden will, sehr eindrucksvoll seine Wahrnehmungen und Erlebnisse als Neustadt-Bewohner der Pappelstraße.

Du weist, dass ich in der Vorbereitung sehr skeptisch war, ob nicht auch andere Aktionsmöglichkeiten gegen Rechts, wie zum Beispiel der Aufruf einer Großkundgebung auf dem Marktplatz, mindestens gleichgewichtig gewesen wären. Auch die Überlegung, eine Streckenführung für den Naziaufmarsch auszuwählen und mit Aktionen wie das Verschließen und Verhängen von Fenstern und Türen und damit die völlige Nichtbeachtung als Alternative zum „sich in den Weg stellen“, fand ich diskussionswürdig.

Tatsache ist, dass viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter dem Demoauftritt des Bündnisses nicht gefolgt sind.

Auch ich gehöre zu denen, die die Forderung erheben, die NPD als Gegnerin unseres demokratischen Rechtsstaates zu verbieten. Leider ist das aber (noch) nicht der Fall.

Im Gegenteil: Die Rechtsprechung fordert unseren Staat (Exekutive) auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Rechten von dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung sowie das Recht, sich frei versammeln zu dürfen, Gebrauch machen können. Die Einlassung, dass etwa durch Gegendemonstrationen die Sicherheit nicht gewährleistet werden kann, wird

nicht akzeptiert. Soweit eine Kurzdarstellung der rechtlichen Situation.

Das uns grundsätzlich verbrieftes Widerstandsrecht greift meiner Ansicht nach damit nicht. Das gilt auch für die in diesem Zusammenhang stehende Wortschöpfung des zivilen Ungehorsams.

Vorläufiges Fazit: Wir müssen weiter für die Durchsetzung des Verbots kämpfen und politisch eintreten.

Bei dem von uns eingegangenen Bündnis musste ich jedoch in der Folgediskussion feststellen, dass der Slogan oder das Motto „keinen Meter“ von einigen Bündnisteilnehmern so verstanden wurde, den Naziaufmarsch zu verhindern. Dabei ist es offensichtlich unerheblich, dass andere Bündnisteilnehmer „lediglich“ ein Zeichen gegen Rechts mit der Demonstration setzen wollten.

Heute resümiere ich für mich, dass durch die fehlende Grundübereinstimmung eine Gemeinsamkeit für ein solches Bündnis nicht gegeben ist. Vielleicht ist es für die Zukunft möglich, eine Grundlage für eine neue begrenzte Zusammenarbeit zu schaffen. Im Hinblick auf die großartige Teilnahme von Schülerinnen und Schülern sollten wir uns im DGB in jedem Fall darum bemühen.

Ich erinnere dich an deinen Spruch „bei jeder geplanten Demonstration und Kundgebung“ sind wir als Polizei mit Sicherheit wieder dabei.

Ich habe im Laufe meines Gewerkschaftslebens an vielen Demonstrationen teilgenommen. Auf diesen und anderen Veranstaltungen habe ich Kolleginnen und Kollegen der Polizei häufig als Partner und Helfer erlebt. Von den Situationen abgesehen, wo ich als Organisator aufgetreten bin und mit Kolleginnen und Kollegen der zuständigen Polizei Abstimmungsgespräche geführt habe.

Darum sage ich ausdrücklich, auch für meine Organisation, dass die Polizei für mich und uns kein Gegner ist.

Im Familien- und Bekanntenkreis sind einige Polizistinnen und Polizisten. Darum maße ich mir auch nicht an, deutliche Worte zu den vielen Einsätzen zu verlieren.

Ich teile die Auffassung, dass unsere Kolleginnen und Kollegen der Polizei häufig „zwischen den Stühlen“ sitzen und damit bestehende politische Defizite „ausbaden“ dürfen. Wir kennen die Beispiele. Darum muss ich sie hier nicht exemplarisch und im Einzelnen benennen. Die Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen der Polizei will ich damit abschließend bekunden.

Mit besten Grüßen
Rainer Kuhn

Termine im September

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!
Ich hoffe, ihr seid alle wohlbehalten, gesund und erholt aus dem Urlaub zurück? Die Sommerpause ist vorüber und hier die Termine für den Monat September:

Bremerhaven:

Dienstag, 13. September 2011, 16.00 Uhr, Vereinsheim der Kleingärtner, Reuterhamm.

Bremen

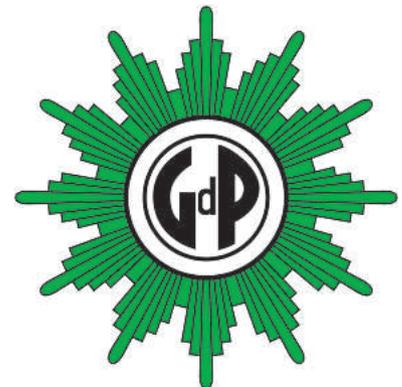
Donnerstag, 8. September 2011, 15.30 Uhr, Grollander Krug

Für das Treffen in Bremen hat sich Herr Seitz von der SIGNAL-IDUNA-Gruppe angesagt. Er referiert zum Thema: Zahlungsunfähigkeit von Mitgliedern der Eurozone und „Was bedeutet das für unser Geld, für unser Vermögen“?

Der Vorstand der Fachgruppe würde sich freuen, Kolleginnen und Kollegen in Bremerhaven und in Bremen begrüßen zu können, die in den letzten Monaten in den Ruhestand gegangen sind.

DEIN Platz ist frei.

Wolfgang Karzenburg





Verwendungszulage

Informationen der GdP

Bremen, 29. Juli 2011

Ergebnis der Prüfung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nunmehr liegt das Ergebnis unserer Prüfung auf Landes- wie auf Bundesebene vor. In der Zwischenzeit gibt es drei gleichlautende Urteile und die Juristen sind zu folgendem Ergebnis gekommen:

Das Zahlen einer Verwendungszulage ist auf Bundesebene im § 46 BBesG geregelt. Das Bremische Besoldungsgesetz ersetzt lediglich im § 18 den § 45 BesG durch eine neue Regelung. § 46 BBesG ist ausdrücklich ausgenommen. Das heißt, dass es auch auf Bremen anwendbar ist.

Anspruchsvoraussetzungen:

- a. Es ist zu prüfen, ob im fraglichen Zeitraum § 46 Abs. 1 BBesG (a. F. oder n. F.) ggf. i. V. m. einer landesrechtlichen Verweisungsnorm bzw. eine dem § 46 Abs. 1 BBesG gleichenden Landesnorm anwendbar war bzw. ist. Bei Beamtinnen und Beamten des Bundes trifft dies stets zu; in Bremen zurzeit auch noch (s. o.).
- b. Im konkreten Fall wurden die Aufgaben eines *höherwertigen Amtes* übertragen.
- c. Die Aufgabe wird *vorübergehend vertretungsweise* wahrgenommen. Dies ist auch dann der Fall, wenn sie für einen Zeitraum übertragen wurde, dessen Ende weder feststeht noch absehbar ist. Selbst wenn die Übertragung ausdrücklich als „dauerhaft“ oder „endgültig“ bezeichnet wurde, kann ein Anspruch auf eine solche Zulage bestehen. Die Vakanzvertretung* endet, wenn ein Beamter mit dem entsprechenden Statusamt in die freie Planstelle eingewiesen und ihm somit das Funktionsamt übertragen wird.

**Was heißt Vakanzvertretung? Einer Polizeioberkommissarin wurde ein Amt übertragen, das mit A11 bewertet und mit entsprechenden Haushaltsmitteln hinterlegt ist. D.h., der Arbeitgeber könnte auch eine Polizeihauptkommissarin auf dieser Stelle bezahlen, weil das Geld dafür vorhanden ist und nicht – zusätzlich - an einen zum Beispiel erkrankten Kollegen bezahlt werden muss, der die Stelle sonst inne hätte. Die Stelle ist vakant. D. h., es gibt zu diesem Zeitpunkt keine Kollegin oder keinen Kollegen, die oder der diese Aufgabe wahrnehmen könnte.*

Gewerkschaft
der Polizei

Landesbezirk Bremen

Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen

Tel.: [0421] 94 95 85 0
Fax: [0421] 94 95 85 9

E-Mail: info@gdp-hb.de

1





Informationen der GdP

- d. Die Aufgabe wurde *18 Monate ununterbrochen* wahrgenommen.
- e. Die *haushaltsrechtliche Voraussetzung* für die Übertragung des Amtes ist erfüllt. Da die Zulage aus bereitstehenden Haushaltsmitteln zu leisten* ist, wird nur die Vakanz-, nicht aber die Verhinderungsververtretung erfasst. Es muss demzufolge an einem Stelleninhaber mit funktionsgerechtem Statusamt fehlen, der die im gültigen Stellenplan ausgezeichnete Planstelle besetzen kann.

**Ein wichtiger Passus. Die Zulage muss aus bereitstehenden Haushaltsmitteln zu leisten sein. Ausdrücklich wird im Urteil des Bundesverwaltungsgerichts auf das Merkmal der "haushaltsrechtlichen Voraussetzungen" verwiesen mit dem Vermerk, dass dem Gesetzgeber mit der Zulage keine Mehrkosten entstehen sollen. Dieser Aspekt wird sich als einer der größeren "Knackpunkte" des Urteils erweisen.*

- f. Die *laufbahnrechtliche Voraussetzung* für die Übertragung des Amtes ist erfüllt, wobei die Beförderungreife nicht bereits bei Ablauf der Wartefrist von 18 Monaten vorliegen muss. Ist sie erst danach zu bejahen, ist die Zulage - bei Erfüllung der übrigen Voraussetzungen - zu dem späteren Zeitpunkt zu gewähren. Die Zulage kann nicht gewährt werden, solange eine Beförderung des Vakanzvertreters aus laufbahnrechtlichen Gründen in das Statusamt nicht möglich ist.

D. h. mit anderen Worten, dass das Urteil Kolleginnen und Kollegen zum Beispiel aus einer zwei- oder dreifachen Unterdeckung (Kommissar macht Vakanzvertretung für Hauptkommissar) heraus nicht berücksichtigt und sie hieraus keinen Anspruch auf eine Verwendungszulage erheben können. An diesen anders gelagerten Fällen ist die GdP aber dran!

Wie geht es nun weiter? Derzeit entwickeln wir sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene einen Erfassungsbogen für unsere Mitglieder. Das Ergebnis soll uns in die Lage versetzen zu prüfen, wer einen Anspruch auf die Verwendungszulage hat. Gleichzeitig erteilen uns die Mitglieder mit dem Erfassungsbogen eine Vollmacht darüber, für sie den genannten Anspruch anzumelden. Wir halten euch natürlich über den jeweiligen Verfahrensstand auf dem Laufenden und bitten euch die Erstellung des Erfassungsbogens abzuwarten.

Wichtig ist für euch, dass bis mindestens Ende des Jahres keine etwaigen Ansprüche durch Verjährung verloren gehen.

Der Landesvorstand

**Gewerkschaft
der Polizei**

Landesbezirk Bremen
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen

Tel.: [0421] 94 95 85 0
Fax: [0421] 94 95 85 9

E-Mail: info@gdp-hb.de

2



Gewalt gegen Polizisten – Ein Paket gegen die Folgen

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Verbindung mit der PVAG Polizeiversicherungs-AG bietet allen Mitgliedern umfassende und kompetente Information und Beratung hinsichtlich ihrer Versorgungs- und Absicherungssituation.

Die PVAG ging aus unserer gewerkschaftlichen und traditionsreichen Selbsthilfeeinrichtung hervor: dem Polizeiversicherungsverein (PVV), Hilden. Vertreter der GdP sind daher auch heute im Versicherungsbeirat und im Aufsichtsrat der PVAG entscheidend eingebunden; die PVAG gehört zu 49% der GdP.



Zusammen mit diesem starken Partner haben wir unseren Mitgliedern ein kostengünstiges Paket geschnürt, welches Sie ganz unkompliziert direkt heute schon auf der Rückseite anfordern können. Diesen Schutz können wir wirklich jedem Vollzugsbediensteten nur empfehlen.

Sofortleistungen – speziell für GdP-Mitglieder im Vollzugsdienst

Im Vollzugsdienst sehen Sie der Gefahr oft direkt ins Angesicht. Mit dem Abschluss der Sofortleistung für Vollzugsbedienstete geben wir Ihnen Rückendeckung. So sind Sie im Ernstfall mit einer sofortigen Einmalzahlung abgesichert.

Erleiden Sie in Ausübung Ihrer dienstlichen Tätigkeit:

- eine Schuss- und/oder Stichverletzung, an der eine weitere Person beteiligt war oder
- eine Verletzung während der Verfolgung von Flüchtigen, Verdächtigen oder Straftätern durch einen Verkehrsunfall und/oder direkt durch den vorgenannten Personenkreis,

die einen mindestens zweitägigen Krankenhausaufenthalt erfordert, erhalten Sie eine sofortige Einmalzahlung. Führen die Unfallfolgen zum Tod, wird eine Soforthilfe für Ihre Hinterbliebenen geleistet.

Unfallrente

Was ist, wenn ein Unfall mal so schlimm ausfällt, dass Sie Ihren Dienst nicht mehr ausführen können? Die staatlichen Auffangnetze reichen meist nicht aus - es droht Einkommensverlust! Bei einem 35-jährigen Polizisten (verheiratet, zwei Kinder) kann sich die Versorgungslücke auf über 1.000 EUR im Monat belaufen. Mit dem Leistungsbaustein Unfallrente erhalten Sie monatlich einen festen Betrag, der die entstehende Einkommenslücke ausgleichen kann. Dabei ist es egal, ob der Unfall im Dienst oder in Freizeit geschieht. Versicherungsschutz besteht rund-um-die-Uhr und weltweit.

Nähere Informationen erhalten Sie bei:
Polizeiversicherung, Gemeinschaftsbüro Schneider & Parakenings, Gutenbergstr. 56, 28217 Bremen
Tel.: 0421-39 14 24, www.pvag-bremen.de, arne-matthias.schneider@signal-iduna.net